



## Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Ecuador

2019

Trotz offizieller Versprechungen hat Präsident Moreno noch keine Richtlinien für die Rohstoffindustrien in Kraft gesetzt, die dazu dienen, die Rechte der einheimischen Bevölkerung zu schützen. Es herrscht weiterhin Besorgnis bezüglich des Fehlens von angemessenen Schutzmechanismen, um das Leben und die körperliche Sicherheit von Menschenrechtsverteidigern und Menschenrechtsverteidigerinnen zu schützen und effektive Untersuchungen bezüglich der Bedrohungen und der Angriffe auf sie sicherzustellen. Es sind besonders diejenigen Menschen betroffen, die sich für den Schutz der einheimischen Bevölkerung einsetzen, sowie Umweltschützer und Landrechtsverteidiger/innen.

### **Unterdrückung von Protesten**

Am 3. Oktober 2019 kam es zu massiven Protesten gegen die Sparmaßnahmen, die von Präsident Moreno angekündigt worden waren. Stunden später erklärte der Präsident den Ausnahmezustand im ganzen Land und bewilligte den Einsatz des Militärs und der Sicherheitskräfte. Nach zahlreichen Anschuldigungen, in denen von Gewaltanwendung gegen Journalisten, Landrechtsverteidiger/innen und Demonstrierende berichtet wurde, sagte Erika Guevara Rosas, Amnestys Direktorin für die Region Amerikas: „Präsident Moreno muss sicherstellen, dass die Menschenrechte der Demonstrierenden, Journalisten und Journalistinnen und der sozialen Anführer/innen gewährleistet werden. Die Entscheidung, Armee und Sicherheitskräfte einzusetzen, um die Demonstrationen zu kontrollieren, trägt nur zum Risiko bei, dass Menschenrechte verletzt werden“. Sie erklärte, dass die ecuadorianischen Behörden verpflichtet seien, Anschuldigungen wegen exzessiver Gewaltanwendung, willkürlicher Verhaftungen und anderen Menschenrechtsverletzungen, die im Zusammenhang mit den Protesten und dem Ausnahmezustand stehen, umfänglich und gründlich zu untersuchen.

Am 14. Oktober 2019 nahm der Präsident die Sparmaßnahmen nach Tagen der gewalttätigen Unterdrückung der sozialen Unruhen und massiver Gewaltanwendung der Sicherheitskräfte gegen Demonstrierende zurück. Laut dem Büro des Ombudsmanns wurden in den zehn Tagen, in denen die Sparmaßnahmen in Kraft waren, acht Menschen ermordet, 1340 Menschen verletzt und 1192 Menschen verhaftet.

Vom 28. Oktober bis zum 30. Oktober besuchte eine Delegation der Inter-American Commission of Human Rights (IACHR) Ecuador, um die Menschenrechtslage im Land nach den Protesten einzuschätzen. Auch der UN- Hochkommissar für Menschenrechte sandte vom 21. Oktober bis zum 8. November eine Delegation nach Ecuador und verlangte danach vollständige, unabhängige und transparente Untersuchungen der Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen, die während der Proteste begangen wurden.

### **Menschenrechtsverteidiger/innen**

Am 11. April wurde der Verteidiger digitaler Rechte Ola Bini verhaftet, nachdem die Innenministerin María Paula Romo ihn beschuldigt hatte, „mit Kräften zusammenzuarbeiten, die versuchten, die Regierung zu destabilisieren“. Nach 70 Tagen in Untersuchungshaft wurde er nach einem Gerichtsbeschluss entlassen, in dem bestätigt wurde, dass seine Haft willkürlich war und internationales Recht verletzte. Ola Bini wurde später wegen „unerlaubten Zugriffs auf ein Informationssystem“ angeklagt. Sein Prozess stand am Jahresende noch aus.

([www.amnesty.org/en/countries/americas/ecuador/report-ecuador/](http://www.amnesty.org/en/countries/americas/ecuador/report-ecuador/))